



Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 19. Februar 2026

Bundesgesetz über die Wahrung der neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 19. November 2025 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Wahrung der neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung des Kantons St.Gallen begrüsst die vorliegende Gesetzesvorlage insgesamt, da sie die bestehenden, auf Notrecht gestützten Massnahmen rechtstaatlich absichert, die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz wahrt und dabei weder eine materielle Änderung der Sanktionspolitik noch zusätzliche Belastungen für Kantone oder Wirtschaft mit sich bringt.

Mit der Überführung der befristeten Notrechtsbestimmungen in eine ordentliche gesetzliche Grundlage wird dem Ausnahmecharakter des Notrechts Rechnung getragen und die notwendige Rechtssicherheit geschaffen. Angesichts der weiterhin bestehenden Konfliktsituation ist dieses Vorgehen sachgerecht und konsequent.

Zudem stellt die Vorlage sicher, dass das neutralitätsrechtliche Gleichbehandlungsgebot bei der Aus- und Durchfuhr kriegsrelevanter Güter weiterhin eingehalten werden kann und trägt zu einem kohärenten und rechtssicheren Vollzug bei, indem bestehende Abgrenzungs- und Umgehungsrisiken reduziert werden.

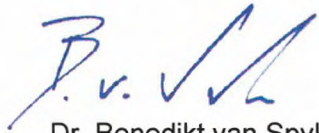
Schliesslich beschränkt sich die Vorlage auf die rechtliche Absicherung bestehender Massnahmen und ist bewusst zurückhaltend ausgestaltet. Die vorgesehene Befristung sowie die Unterstellung unter das fakultative Referendum werden begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Beat Tinner
Präsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung nur per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
sanctions@seco.admin.ch